Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 114. Abendblatt. Freitag, den 8. März. 1867.

Deutschland.

4 **Berlin,** 7. März. Die Verhandlungen der preußischen Regierung mit dem Bevollmächtigten des Königs Georg, Herrn v. Marlotie, über welche die Blätter schon berichtet haben, scheinen keinen Erfolg versprechenden Gang zu nehmen, und nach dem, was ich Ihnen schon über die fortdauernden Illusionen des geistig wie körperlich blinden Welfenkönigs mitgetheilt habe, kann es nicht befremden, daß die Bemühungen seiner aufrichtigen einsichtsvolleren Anhänger, die Verhältnisse zu regeln, zu keinem Resultate führen, da alle der wirklichen Lage entsprechenden Vorschläge in Hietzing unannehmbar befunden werden und den treuesten aber besonnenen Rathgebern statt des Dankes nur Ungnade zuziehen. Während sonst auf solche hartnäckige Charaktere doch verhängnißvolle Katastrophen nach längerer Zeit ruhiger Ueberlegung einen klärenden Einfluß auszuüben pflegen, schwindet bei dem König Georg nach menschlichem Ansehen die Aussicht auf unbefangene Beurtheilung der Situation immer mehr, weil diejenigen Männer, welche den ehrlichen Willen haben die Illusionen zu beseitigen, sobald sie selbst zur klaren Erkenntniß kommen, allen Einfluß verlieren, und nur solche Herren in der Umgebung bleiben, welche der Widerhall aller Wünsche und fixen Ideen ihres verblendeten Gebieters sind. Auch von der Königin Marie ist eine günstige Einwirkung jetzt kaum zu erwarten, da diese selbst durch die Thätigkeit, welche von Seiten der Welfenpartei und den Partikularisten bei den Reichstagswahlen entwickelt worden ist, sich neuen Täuschungen über die Intensität der Wirkung und die Intensionen der Bevölkerung hingeben soll. Vielleicht wird das verständige und mehr auf dem Boden der Thatsachen ruhende Verhalten der nicht zur nationalen Partei gehörenden hannoverschen Abgeordneten allmählig die Erkenntniß bringen, daß die Agitationen der Welfenpartei und aller mit ihr verbunden gewesenen Wähler nicht mit Restaurationsplänen zu identifiziren, sondern großentheils wenigstens von anderen Gesichtspunkten ausgegangen sind. Das bisherige Auftreten der hannoverschen nichtnationalen Abgeordneten hier macht keineswegs den Eindruck, als ob die Partei eine Restauration irgendwie in das Bereich der Möglichkeit gezogen hätte, und auch in der Presse findet man von Hannover aus keine Kundgebungen, welche diese Annahme rechtfertigen. Die preußische Regierung ist jedenfalls in der Lage, ruhig abzuwarten, daß Besonnenheit und Klarheit in den Kreisen des welfischen Königshauses mehr Boden gewinne und damit auch für dasselbe die Aussicht auf eine billige Auseinandersetzung über die finanziellen Verhältnisse sich eröffne. Daß es im wohlverstandenen Interesse der Bevölkerung liege, sich von den Täuschungen des welfischen Königshauses nicht mit fortreißen zu lassen, scheint im Lande immer mehr erkannt zu werden. In den liberalen und demokratischen Blättern wird heute schon mehrfach zugestanden, daß die Altliberalen sich in den wichtigeren Fragen wohl mehr nach rechts als nach links neigen werden und die Zurückziehung des Lasker'schen Geschäftsordnungs-Entwurfs ist ein thatsächlicher Beweis dieser Erkenntniß. — Der sächsische Abgeordnete v. Zehmen, den man für einen sehr eifrigen Partikularisten ausgegeben hatte, ist schon als Gast bei Versammlungen der freien konservativen Vereinigung zugegen gewesen. Die beiden konservativen Fraktionen haben sich zu gemeinschaftlichen freien Versammlungen mehr geselliger als geschäftlicher Form im Hotel de Rome geeinigt. Die national-liberale Fraktion hat sich über das, was sie nicht will, schnell geeinigt, desto mehr Schwierigkeiten soll bei derselben die Aufstellung eines positiven Programms finden. So sind auch bis jetzt bei allem Tadel gegen den Entwurf doch nie positive bessere Vorschläge gemacht worden und man wird dabei wohl die Erfahrung machen, daß die Aufgabe der Konstituirung eines Bundes zwischen einigen zwanzig Staaten weit mehr Hindernisse zu überwinden hat und nach anderem Maaßstabe gemessen werden muß, als die Vollendung einer Verfassung für einen abgeschlossenen Staat, wo nur eine Regierung mit den Unterthanen sich zu einigen resp. nach Umständen zu entscheiden hat. Dies ist bei einer Kritik des jetzigen Verfassungs-Entwurfs, der zugleich die Natur eines Staatenvertrags hat, wohl zu erwägen.

— Der Prinz Friedrich Karl empfing am Sonntag, den 3. März, in besonderer Audienz im hiesigen Königlichen Schlosse den Königlich italienischen Geschäftsträger Grafen v. Puliga, welcher in Vertretung des abwesenden Gesandten im Namen des Königs Viktor Emanuel von Italien dem Prinzen die Insignien des St. Annunciaten-Ordens nebst einem Schreiben desselben überreichte. In dem letzteren war ausdrücklich hervorgehoben, daß dieser hohe Orden dem Prinzen für den so ruhmreichen Antheil an den hervorragenden militärischen Thaten des verflossenen Jahres und als ein besonderes Zeichen hoher Achtung und Freundschaft von Seiten des Königs Viktor Emanuel verliehen worden sei.

— Nach einer aus guter Quelle stammenden Mittheilung ist es nicht allein die dänische Regierung nicht gewesen, welche neuestens die nordschleswigsche Frage angeregt, sondern hat vielmehr diese Regierung, nachdem sie in Erfahrung gebracht, daß dieselbe von dritter Seite her angeregt worden, betreffenden Ortes und mit ausdrücklicher Hinweisung darauf, daß sie Ursache habe, eine ihren Interessen zusagende Lösung zu erwarten, den bestimmten Wunsch ausgesprochen, daß der bezüglichen Anregung wenigstens zunächst keine weitere Folge gegeben werden möge.

— Die Kaiserlich russische Regierung hat sich einem Comité gegenüber geneigt erklärt, die Anlage einer Eisenbahn von Bialystock an der Warschau-Petersburger Eisenbahn nach der preußischen Grenze, gegenüber von Lyck, zu genehmigen. Die ostpreußische Südbahn würde alsdann sowohl verpflichtet als auch berechtigt sein, von Lyck weiter nach der Grenze hin zu bauen, um eine Verbindung mit der neuen Eisenbahnlinie herzustellen.

— Nach dem Vorschlage des Geheimen Ober-Regierungsraths Dr. Engel hat das Landes-Oekonomie-Kollegium die Bildung eines statistischen Vereins für den ganzen Umfang des norddeutschen Bundes beantragt. Es soll dieser Verein unter einem Centralvorstand stehen, welcher in Berlin seinen Sitz haben würde. An diesen sollen sich Kreisvereine anschließen, mit der Aufgabe statistisches Material anzusammeln und dem Central-Vorstande zu übermitteln, der dasselbe schließlich dem Königlichen statistischen Büreau zur Verfügung stellen soll.

— Aus Karlsruhe wird dem „Schw. M." geschrieben: Die Nachrichten aus Baiern deuten auf sehr ernste Konflikte, welche die reaktionäre Partei und vor allen die klerikale dem Fürsten Hohenlohe bereitet. Es handelt sich hier um eine nationale Lebensfrage, darum haben alle Parteien der Nachbarländer gemeinsam Front zu machen gegen jene Versuche, die sich von Land zu Land die Hand reichen, wie man bei uns ganz deutlich sehen kann. Das Schlagwort für die Haltung der Kurie ist offenbar in Rom gegeben; auch dafür liegen nicht undeutliche Belege vor. — In den Kreisen der Bevölkerung faßt man die süddeutsche Militärorganisation lediglich vom nationalen Standpunkte auf. Man will nicht eine vorbereitende Verdoppelung des Militärs, um dann zu sehen, ob sich vielleicht eine Allianz mit dem Norden bildet, sondern man will gegen die Zusicherung einer großen nationalen Organisation, deren Vertheidigung nach Außen gesichert werden muß, sich den hohen unwillkommenen Preis der Heeresvermehrung gefallen lassen. Das wird sicher der Standpunkt der badischen Kammer sein.

— Die zweite Abtheilung des Reichstages hatte sich gestern Vormittags versammelt, um über die Wahl des Abgeordneten Wiggers (Berlin) zu berathen. Bekanntlich war gegen dieselbe von einer Anzahl Wähler des 3. Berliner Wahlkreises ein Protest erhoben. Die Abtheilung unterzog diese Angelegenheit einer dreistündigen lebhaften Diskussion, hielt jedoch die Frage, ob in diesem Falle die Wählbarkeit auszusprechen sei oder nicht, für eine juristisch so diffizile, daß sie, von der Entscheidung derselben Abstand nehmend, mit großer Majorität beschloß, dem Reichstage zu empfehlen, die Wahl des Abgeordneten Wiggers (Berlin) für gültig zu erklären.

— Die vierte Abtheilung des Reichstags berieth gestern Vormittags ebenfalls Wahlen. Von denselben ist diejenige des Abgeordneten Baron von Vaerst (zweiter Frankfurter Wahlkreis) besonders erwähnenswerth. Die Majorität, mit welcher der Herr Abgeordnete gewählt war, ist nur eine geringe; außedem lagen einige Proteste vor. Die Abtheilung unterzog sich in großer Ausführlichkeit der Prüfung der Wahl, erachtete mehrere der von den Wahlvorstehern für ungültig erklärten Stimmzettel für gültig und beschloß endlich, da sich auf diese Weise für Baron v. Vaerst eine Majorität von 14 Stimmen herausstellte, dem Reichstage zu empfehlen, die Wahl desselben für gültig zu erklären.

— Von dem „W. T. B." wird der „Schl. Ztg." unter dem 6. telegraphirt: Gestern haben sich etwa zwanzig meist Altliberale als Fraktion des Centrums unter v. Vincke-Olbendorf konstituirt. Dazu gehören Graf Dyhrn, v. Kebler, Dr. Falck, Dr. Riedel, Friedenthal, v. Sänger, v. Bethmann-Hollweg und von Auswärtigen Graf Solms-Laubach, zur Rabenau, v. Gerber, Dr. Braun (Plauen), Frhr. v. Schenck. Der Zutritt von v. Vincke (Hagen) wird erwartet. Graf Schwerin hat ihn abgelehnt.

— Der „Freien Konservativen Vereinigung" des Reichstages sind neuerdings noch die Abgg. v. Hagke, v. Zehmen, v. Salza, v. Thielau (letztere drei Herren sind sächsische Abgeordnete), Graf v. Galen und Fürst Solms-Hohensolms-Lich beigetreten. Weitere Beitrittserklärungen stehen noch in den nächsten Tagen zu erwarten.

— Ueber die Stellung der polnischen Abgeordneten im Reichstage enthält der polnische „Dziennik poznanski" einen Leitartikel, der im Wesentlichen darauf hinausläuft, daß den Abgeordneten nichts zu thun übrig bleibe, als unbedingt und unbeschränkt gegen die Einverleibung früher polnischer Landestheile in den norddeutschen Bund zu protestiren und sodann vor der weiteren Berathung über die Konstituirung des Bundes auszuscheiden.

— (Post.) Der Hospitalprediger und Schulvorsteher Johansen in Hadersleben hat, wie man uns aus Schleswig schreibt, den König von Preußen als „legitimen Landesherrn" anerkannt. Herr Johansen veröffentlicht nämlich in der Eidesfrage eine bemerkenswerthe Erklärung, in welcher es wörtlich heißt: „Ich erkenne, daß Se. Majestät der König von Preußen mein legitimer Landesherr ist und daß ich bereits seit einiger Zeit sein Beamter und Unterthan bin. Wenn ich nun in solcher Eigenschaft feierlich versprochen, daß ich, „wie es einem Diener der Kirche Christi geziemt", in meinem geistlichen Amte Sr. Majestät dem Könige von Preußen treu und gehorsam sein und mich in dem mir anvertrauten Wirkungskreise nach besten Kräften bestreben will, für das Wohl des Landes und für die Ausübung einer treuen Seelsorge zu wirken, so glaube ich nicht, daß ich dadurch Anderes gelobe, als daß ich in der Stellung einerseits zu der gesetzlichen Obrigkeit, andererseits zu meinen Mitbürgern und endlich zu meiner Gemeinde die größte Gewissenhaftigkeit offenbaren will. Sollte inzwischen irgend eine höhere oder niedere obrigkeitliche Person oder irgend ein fanatischer Parteigänger sich berechtigt erachten, kraft dieses Eides irgend Etwas von mir zu verlangen, wogegen sich mein Gewissen sträubt, z. B. daß ich die Wahrheit verleugnen oder Jemandem irgendwie Unrecht thun sollte, so legt mir ja eben der Eid die richtige Antwort auf ein derartiges Ansinnen in den Mund: „Solches geziemt sich nicht für einen Diener der Kirche Christi."

— Durch den Eintritt der neuen Provinzen in den preußischen Staatsverband sind nun auch viele Lutheraner und Reformirte eingetreten und ist die Frage angeregt worden, ob es nicht gut sei, die evangelische Landeskirche gleich nach diesen Seiten hin wieder zu trennen. In Beziehung darauf hat der evangelische Ober-Kirchenrath jetzt, am 18. Februar, eine Denkschrift über die Lage der evangelischen Kirche in Preußen an die Konsistorien gerichtet, um sie zur Kenntniß der Superintendenten und durch sie an die Geistlichen gelangen zu lassen. Dieselbe zeigt die Gefahr der Auflösung und gänzlichen Zersplitterung, welche in solchem Verlangen liegt und sucht dasselbe zu bekämpfen; die begleitende Zuschrift des Ober-Kirchenraths sagt, es handle sich darum, die Gefahren, welche der Union drohten, von ihr abzuwenden, und es werde zu dem Ende darauf ankommen, erstens die Grundlage der evangelischen Landeskirche Preußens fest im Auge zu behalten und sich dessen bewußt zu bleiben, was man an ihr besitze; zweitens auf die Gefahren zu achten, welche diejenigen uns entgegenführen würden, welche von ihrer geschichtlichen Mission und ihren wohlerworbenen Gütern nach der einen oder der anderen Seite hin oder gar in die Ohnmacht von drei auseinander gerissenen Theilen, Lutheranern, Reformirten und Unirten, zurückwerfen möchten, und endlich drittens darauf, welche Pflichten aus dem Allen für ihre Glieder, besonders aber für sämmtliche Träger ihrer Aemter, Gemeinde-Kirchenräthe, Geistliche, Superintendenten, Konsistorien und theologische Professoren in soweit, als sie eine kirchliche Amtsstellung beanspruchen, sich in dieser Zeit für sie ergaben. Zugleich weist die Denkschrift auf die Freiheit des Bekenntnisses hin, welche innerhalb der Union auch den Lutheranern und Reformirten gelassen ist.

— Nachdem für die beiden Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden die Präsidenten in den Personen der Herrn v. Möller und v. Diest bereits ernannt sind, dürfte nun auch baldigst mit der Zusammensetzung der Regierungskollegien an beiden Orten vorgegangen werden. Wie man hört, sollen dazu, so weit als möglich, dort einheimische Kräfte verwendet, theilweise aber auch Verwaltungsbeamte aus den alten Provinzen herangezogen werden. In Nassau wird außerdem die Besetzung der neu zu bildenden Landrathsämter erforderlich sein, während in Hessen, wo solche Aemter bereits bestanden, wohl größtentheils die bisherigen Landräthe im Amte verbleiben dürften. — Herr v. Patow hat die von ihm selbst gewünschte Entlassung aus seiner bisherigen Stellung in Frankfurt a. M. bereits erhalten und wird daselbst nur noch so lange verweilen, als es zur Ueberleitung der Geschäfte nöthig ist, welche nun theils von dem Präsidenten v. Möller in Kassel, theils von dem zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannten Landrath v. Diest werden übernommen werden. Mit der Aufhebung der Civil-Administration in Frankfurt hört zugleich auch das Kommissorium des derselben attachirten Landraths Krupka auf der demnächst eine andere Stellung in der Verwaltung erhalten wird. Der bisherige Civil-Kommissar v. Madai verbleibt jedenfalls in Frankfurt und wird dort wahrscheinlich die Stellung als Polizeipräsident einnehmen, sobald im Zusammenhange mit der dortigen städtischen Verwaltung auch die Polizeiverwaltung fest geregelt sein wird. Ueber alle diese Verhältnisse ist, dem Vernehmen nach, die aus Frankfurt hierher gekommene Deputation auch vertraulich gehört worden.

— Die Fraktion der Konservativen hielt am Mittwoch Abend eine Versammlung und machte den Verfassungsentwurf zum Gegenstande ihrer Berathung. Als Redner traten die Herren: Rittergutsbesitzer Dr. Köster und Geheime Regierungsrath Wagener auf; Letzterer stellte in seinem Vortrage, wie die P. C. der „N. A. Z." meldet, folgende Gesichtspunkte auf: 1) Dem Verfassungsentwurfe werde von der einen Seite der Vorwurf gemacht, daß er zu sehr den Einheitsstaat anstrebe, während von der anderen Seite wieder hervorgehoben werde, daß er dies nicht in genügender Weise thue; dies geschehe namentlich von den fortgeschrittenen Mitgliedern der national-liberalen Partei. 2) Die konservative Partei habe den Verfassungsentwurf, wie er von den Bundesregierungen berathen und dem Reichstage vorgelegt sei, mit voller Hingebung, und eben so auch das allgemeine, direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe anzunehmen und anzuerkennen, daß dies durchaus innerhalb der Grenzen der langjährigen Bestrebungen der konservativen Partei liege. 3) Die konservative Partei habe den Vorwurf zurückzuweisen, daß der Verfassungsentwurf die Forteristenz der kleinen Fürsten unmöglich mache. 4) Es müsse die Frage erwogen werden wegen der Errichtung einer Ersten Kammer; dagegen habe man sich wohl vor dem Fehler zu hüten, sowohl anzunehmen, der Verfassungsentwurf enthalte zu wenig, als auch zu behaupten, er enthalte zu viel. Durch solche Angriffe könne nur die Existenz des Bundes in Frage gestellt werden. 5) In Betreff der Diätenangelegenheit müsse er sich gegen die Zahlung der Diäten aussprechen. Was die Wählbarkeit der Beamten anbeträfe, so müsse er sich dafür aussprechen, daß nur gewissen Kategorien von Beamten das Recht der Wählbarkeit zuzusprechen sei, namentlich solchen, welche nicht disziplinarisch behandelt werden könnten. — Die Fraktion beschloß sodann, den Verfassungsentwurf in seinen einzelnen Abschnitten in der Fraktion durchzuberathen und zu diesem Behuf Abtheilungen zu bilden, von denen je eine einen Abschnitt des Verfassungsentwurfs zu berathen habe. Für eine jede der Abtheilungen soll je ein Referent, für diejenige jedoch, welche den Abschnitt: „Vertretung des Bundes nach Außen" zu berathen hat, drei Referenten ernannt werden. Die Wahl der Referenten sollte in einer auf gestern Abend anberaumten Fraktionsversammlung stattfinden, in welcher auch die Wahlen der Abgeordneten Dr. Künzer und M. Wiggers (Berlin) einer Berathung unterworfen werden sollten.

— Bei der am 5. März c. fortgesetzten Ziehung der 5. Klasse der 148. hannoverschen Lotterie fielen 1000 Thlr. auf Nr. 4365, 13,136, 1252 und 10,782 — 400 Thlr. auf Nr. 8856 und 11,665 — 200 Thlr. auf 8879, 10,334 und 6109 — 100 Thlr. auf 8083, 11,522, 2769, 6407, 5950, 13,307, 614, 6381, 13,419 und 13,017.

— In diplomatischen Kreisen spricht man, wie die „K. Z." meldet, viel von einem Zwischenfalle, der die Beziehungen des preußischen Gesandten in Rom zum Vatican getrübt hätte. Baron Arnim hat sich neuerdings ein Pferd und ein Tilbury gekauft, das er selbst zu leiten liebte. Eines Tages begab er sich damit nach dem Vatikan, um dort Audienz zu haben, wurde aber am ersten Gitter vom dort postirten Schweizer zurückgewiesen, da nach altem Herkommen einspännige Wagen nicht in den Hof des Vatikans hereingelassen werden dürfen. Der Gesandte kehrte um und ging nicht zur Audienz, beschwerte sich aber ob des Vorfalles bei Antonelli, indem er daran erinnerte, daß dem würtembergischen Gesandten, der auch mit einem Einspänner vorgefahren sei, der Eintritt nicht verwehrt worden wäre. Antonelli berief sich auf die alte Hausordnung und sagte, daß die eine Ausnahme auf besonderen Wunsch Sr. Heiligkeit erfolgt sei. Baron Arnim hielt diese Erklärung jedoch nicht für genügend und berichtete darüber nach Berlin, setzte aber seitdem keinen Fuß mehr in die Amtswohnung des Papstes.

— Die Zahl der im letzten Feldzuge preußischerseits gemachten Kriegsgefangenen stellt sich nach den „Militairischen Blättern" folgendermaßen heraus: Oesterreicher 1049 Offiziere, 44,868 Mann, Sachsen (Königreich) 27 Offiziere, 454 Mann, Sachsen-Meiningen 1 Offizier, 1 Mann, Baiern 31 Offiziere, 1196 Mann, Württemberger 2 Offiziere, 91 Mann, Badener 1 Offizier, 45 Mann, Hessen-Darmstädter 1 Offizier, 149 Mann, Kurhessen 11 Mann, Nassauer 10 Mann. Außer diesen zurückgelieferten Gefangenen waren am 1. Januar 1867 noch krank in Preußen 92 Mann. Ein österreichischer Offizier ist aus Danzig desertirt, der Lieutenant Ptaczek vom 1. Infanterie-Regiment. Gestorben resp. ihren Wunden erlegen sind 67 österreichische und 9 sächsische Offiziere.

München, 5. März. Die Verlängerung des Landtages bis zum 13. April, welche gestern die „B. Z." meldete, ist sehr überraschend gekommen. Man weiß nicht, welche Bedeutung diesem Königlichen Entschlusse beizulegen sei, wenn überhaupt von einer „Bedeutung" hier die Rede sein kann und der König nicht lediglich den Antrag seines Ministeriums genehmigte. Die Verlängerung bis zum 13. April genügt, daß die Militärverwaltung die Berechnungen über den, durch die Heeresorganisation nöthig werdenden Aufwand zu Ende bringe. — Der König Otto und die Königin Amalie von Griechenland verlassen morgen die Residenz nnd kehren nach Bamberg zurück. In gutunterrichteten Kreisen steht es fest, daß die Königin Amalie nicht blos zu ihrem Vergnügen in München gewesen ist. (Sie soll sehr lebhaft gegen Preußen agitiren, wie süddeutsche Blätter melden, und also auch gegen den Fürsten Hohenlohe.)

Ausland.

Wien, 5. März. Das General-Kommando in Ofen hat zwei Cirkulare erlassen, in welchen u. A. bemerkt wird, daß durch die Kreirung des „ungarischen Landes-Vertheidigungs-Ministeriums" die Rechte des Kaisers als obersten Kriegsherrn und die unerläßlich nothwendige Einheit des K. K. Heeres in keiner Weise beeinträchtigt sind. Die Militärbehörden stehen zu dem „ungarischen Landes-Vertheidigungs-Ministerium" ganz in demselben dienstlichen Verhältniß, in welchem sie sich bisher zur K. ungarischen Statthalterei befanden. Die Kommandanten haben zu verhindern, daß eine falsche Auffassung, namentlich aber eine nationale Sonderstellung der Regimenter Platz greife.

— Der Befestigungsplan für Wien ist jetzt festgestellt. Da im Norden der Donaustrom bereits eine gewaltige natürliche Schutzwehr bildet, ist das Gros der Befestigungen auf das linke Stromufer verlegt. In einem weiten Halbkreis, der, von dem Anfang des Donau-Kanals ausgehend, mit der Einmündung desselben in den Hauptstrom abschließt und eine Strecke von 6 Meilen umfaßt, werden nicht weniger als 30 permanente, sturmfreie und sich gegenseitig deckende, außerdem durch eine belagerungsmäßig konstruirte Hauptlinie zusammenhängende Werke errichtet. Auf dem rechten Ufer dagegen ist, außer einigen vorgeschobenen Werken, nur ein Defensiv-Brückenkopf, zur Deckung des Rückzugs einer jenseits der Donau operirenden Armee, sowie ein aus sechs größeren Werken bestehender Offensiv-Brückenkopf vorwärts der historischen Lobau-Insel in Aussicht genommen. — Die Flitterwochen des Dualismus sind bereits durch eine finanzielle Erörterung getrübt, zunächst über die Verpachtung des Tabacks-Monopols. Als die betreffenden Verhandlungen eingeleitet wurden, scheint das ungarische Ministerium — damals noch nicht amtlich verkündigt — sich im Allgemeinen einverstanden erklärt zu haben; jetzt aber, nach der formellen Ernennung, sind ihm allerlei konstitutionelle Bedenken aufgestiegen, die mindestens dem sofortigen Abschluß des Geschäfts im Wege stehen. Dann bezüglich der Siebenbürger Eisenbahn. Hier scheint Seitens der ungarischen Regierung der Anspruch erhoben zu sein, zunächst die Frage zum Austrag zu bringen, ob jene Bahn als eine Reichs- oder als Landes-Angelegenheit zu betrachten sei, um darnach das Maß der berechtigten Einflußnahme Ungarns zu reguliren.

Paris, 5. März. Der Staatsrath hat das Gesetzprojekt, kraft dessen Herr v. Lamartine eine Summe von 400,000 Franken als Nationalbelohnung erhalten wird, gutzeheißen.

London, 5. März. Auf ein Gesuch an den Lord-Mayor, unterzeichnet von etwa 600 Personen, Kaufleuten, Geschäftsleuten, Geistlichen, Predigern der verschiedenen Sektirergemeinden und anderen, die überzeugt sind, daß der Verkauf geistiger Getränke am Sonntage der öffentlichen Wohlfahrt nachtheilig ist, fand sich gestern eine große öffentliche Versammlung in der Guildhall ein. Erzbischof Manning, einige Bankiers und Cityleute waren anwesend, doch glänzte die Mehrzahl der einflußreicheren Persönlichkeiten, deren Namen unter der Liste standen, durch ihre Abwesenheit, und ihre Stühle auf der Tribüne standen leer und verlassen. Der Lord-Mayor eröffnete die Versammlung mit einer kleinen Ansprache, in welcher er ausführte, daß Angesichts eines mit so vielen Unterschriften bedeckten Gesuches er sich seiner Pflicht, ein Meeting zu berufen, nicht wohl habe entziehen können. Ob der Weg, den die Petenten eingeschlagen zu einem Resultate führen werde, sei eine Frage, die er nicht entscheiden wolle. Er habe nur das eine Verlangen an die Versammelten, jedem Redner geneigtes Gehör zu schenken, um so über diese, unzweifelhaft wichtige Frage zu einem richtigen Urtheil zu gelangen. Die erste, gegen den Verkauf von Spirituosen am Sonntag gerichtete Resolution wurde von einem Geistlichen der englischen Kirche beantragt und vom Aldermann Hale unterstützt. Letzterer bemerkte am Schlusse seiner Rede, er selbst trinke Sonntags keinen Wein und empfehle in seiner Befürwortung nur etwas an, das er selbst befolge. Ein Amendement zu der Resolution bezeichnete dieselbe für den Augenblick als unzweckmäßig. Der Redner, der dasselbe einbrachte, machte diejenigen lächerlich, die für die Rechte des Volkes deklamirten und ihm Sonntags dabei das Bierfaß verschließen wollten. Ein Arbeiter erhob sich zur Unterstützung des Amendements und nannte die Resolution tyrannisch und puritanisch. Erzbischof Manning, der jetzt das Wort nahm und dessen Auftreten mit allgemeinem Beifall begrüßt wurde, sprach für die Resolution, indem er sich zuerst von dem Vorwurfe des Puritanismus reinigte. Nach einem Ueberblicke über die gegenwärtigen Verhältnisse im vereinigten Königreiche und die Wirksamkeit des Schließens der Wirthshäuser am Sonntage in Schottland, wandte sich der Prälat gegen den Einwurf wegen der Beeinträchtigung der Freiheit, die in dem angestrebten Verbote liege. Er nenne dasselbe nur eine Beschränkung der Zügellosigkeit. Freiheit stehe nur in Beziehungen zum Recht, sie habe mit dem Unrecht nichts zu thun. Eine große politische Autorität habe kürzlich gesagt: Es sei das konstitutionelle Recht eines jeden Engländers, sich zu betrinken, wenn er wolle. Die Versammlung sei aber ebenfalls in ihrer Eigenschaft als Engländer mit der Absicht zusammen gekommen, ihr konstitutionelles Recht durchzusetzen und einen öffentlichen Unfug, wenn das nöthig sei, durch die Legislatur abzustellen. Nachdem noch mehrere Reden gehalten und auseinandergesetzt worden, daß in Schottland für das, was man im Wirthshause nicht haben könne, desto mehr zu Hause getrunken werde, nahm die Majorität die erste Resolution an, und es wurde beschlossen, die Unterzeichner des schon erwähnten Gesuches als Comité mit Betreibung der Angelegenheit und Einbringung einer Petition in das Parlament zu beauftragen, worauf sich das Meeting trennte.

— Gouverneur Eyre hat sich nicht, wie es anfänglich hieß, freiwillig gestellt, um die gegen Oberst Nelson und Lieutenant Brand erhobene Anklage mitzutragen. Der Vertreter des (Jamaica-) Anklage-Comité's gedenkt nun in dem Wohnbezirke Mr. Eyres, einen Haftbefehl gegen ihn zu erwirken.

Pommern.

Stettin, 8. März. Wie nunmehr feststeht, wird Se. Kgl. Hoheit der Kronprinz am Sonntag Vormittag mit dem Berliner Courierzuge hier eintreffen. Offizieller Empfang findet bei der Ankunft nicht statt. Um 12 Uhr begiebt sich der Kronprinz nach der Garnisonkirche, woselbst einstündiger gewönlicher Militärgottesdienst stattfindet, bei dem die Truppentheile durch Deputationen, vorzugsweise aus dekorirten Mannschaften des letzten Feldzuges, vertreten sind und an dessen Schluß die feierliche Uebergabe der von Sr. Majestät dem Könige verliehenen Fahnenbänder erfolgt. Diesem rein kirchlichen Akte werden in Rücksicht auf den höchst beschränkten Raum außer dem Militär nur die Spitzen der Civilbehörden sowie der Herr Ober-Vorsteher der Kaufmannschaft beiwohnen und ist es, wie wir erfahren, ganz entschieden unmöglich, auch sonstige Gesuche wegen Gewährung von Einlaßkarten zu berücksichtigen. Nach Beendigung des Gottesdienstes werden die Fahnen mit Musik abgebracht und bei ihrem Erscheinen von den auf den Paradeplätzen aufgestellten Truppen mit Hurrah begrüßt. Nachmittags findet bei Sr. Königlichen Hoheit ein kleines Diner statt und Abends wird derselbe einer kameradschaftlichen Vereinigung der Offiziere im Kasino der Artillerie-Kaserne beiwohnen. Am Montag früh findet wahrscheinlich Truppenbesichtigung statt.

— Der Böttcherlehrling Blankenburg hierselbst hat, wie wir seiner Zeit berichtet, am 12. v. Mts. einen 8jährigen Knaben, der durch das Eis des hiesigen sogenannten Festungshafens durchbrochen war, mit großer Entschlossenheit und eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Dem Brandenburg ist dafür eine Geldprämie bewilligt worden.

— Der Maler Sparolin, der Pöltner Kadow, der Steuermann Brose und der 16jährige Wilhelm Totte, sämmtlich aus Neuwarp, haben am 4. September v. J. 7 Personen, deren Boot auf dem Neuwarper See bei heftigem Winde umgeschlagen war, mit großer Anstrengung und nicht ohne eigene Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Denselben ist ebenfalls eine Geldprämie bewilligt.

— Der Barbier Weber zu Neuwarp hat am 14. Januar d. J. Abends in der Dunkelheit eine Person, welche durch das Eis des Neuwarper See's durchgebrochen war, mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet, wofür demselben eine Geldprämie bewilligt ist.

In der Stadt Pyritz ist mit höherer Genehmigung ein Eichungs-Amt errichtet, welches seine Thätigkeit mit dem 1. Mai d. J. beginnen wird. Nach der von der Königlichen Regierung bestätigten Wahl der städtischen Behörden daselbst werden bei diesem Eichungs-Amte fungiren: als Vorsitzender der Beigeordnete Haase, als Beisitzer der Böttchermstr. Wilhelm Behnke, als Beisitzer und Rendant der Kaufmann C. F. W. Esser, als Mechaniker der Zeugschmiedemeister Eggert.

Vermischtes.

— Der „Great Eastern" hat seine Ausbesserung in Liverpool überstanden und liegt bereit, nach New-York, seinem Bestimmungsorte, abzugehen und seinen Dienst als Vermittler der Völkerwanderung nach Paris während der nächsten Monate anzutreten. Das Schiff kann in seinem gegenwärtigen Zustande 3000 Passagiere aufnehmen. Die Salonräume sind bedeutend erweitert. Der Deck-Saal ist ein prächtiges Gemach, 140 Fuß lang und 24 Fuß breit, in dem 500 Personen zu gleicher Zeit ihr Mittagsmahl einnehmen können. Außerdem giebt es noch verschiedene kleinere Salons, so daß im Ganzen 2000 Personen zugleich speisen können. Die Dekorationen sind in der reichsten und geschmackvollsten Weise ausgeführt; nur die bloßen Reparaturen haben an 100,000 Lstr. gekostet.

— Wie in Brasilien mit den Mördern verfahren wird, darüber nur ein Beispiel. Ein Gendarm war mit einer Patrouille abgeschickt worden, um einen Neger zu verhaften, welcher seinen Herrn ermordet hatte. — Nachdem derselbe ergriffen worden, ließ der Gendarm einen Ochsen schlachten und den Mörder in die blutige Haut so eng einnähen, daß er nur athmen konnte. In diesem Felle wurde er auf den Erdboden gelegt und einen Tag der glühenden Sonnenhitze ausgesetzt. In einem fast leblosen Zustande, mit verrenkten Gliedern wurde der Mörder darauf am Abende aus seiner zusammengeschrumpften Hülle befreit. Am zweiten Tage ließ ihn der Gendarm auf den Rücken legen und Hände und Füße an Pfähle binden, wo er abermals der Sonnengluth ausgesetzt blieb. Am dritten Tage schoß aus eigener Machtvollkommenheit der Gendarm den Festgenommenen nieder.

Neueste Nachrichten.

Triest, 7. März, Abends. Nachrichten der Levantepost: Athen, 2. März. In der Deputirtenkammer gewinnt die Opposition gegen die neuen Steuern an Ausdehnung. Ein Meeting gegen die Erhöhung der Steuern wurde polizeilich aufgelöst; die Redner wurden verhaftet. Der Schnelldampfer „Arcadion" ist mit Munition, Proviant und 3500 Hinterladungsgewehren nach Kandia abgegangen. Abgeordnete der Bevölkerung von Kandia haben sich am 25. Februar in Kanea mit Saly-Pascha nach Konstantinopel eingeschifft.

Konstantinopel, 2. März. Ali-Bey ist mit einer wichtigen Mission aus Egypten eingetroffen. Aristides-Bey und Baltazzi sind zu Direktoren der Ottomanischen Bank ernannt. Nachrichten aus Theran bestätigen die gänzliche Niederlage der Armee von Bokhara in der Nähe von Samarkand. Der russische Befehlshaber gewährte die Einstellung der Feindseligkeiten unter der Bedingung, daß der russische Handel sicher gestellt und alle Sklaven freigegeben würden.

Paris, 7. März, Morgens. In der gestern stattgehabten Verhandlung gegen Emilie de Girardin verurtheilte das Zuchtpolizeigericht den Angeklagten unter Annahme mildernder Umstände zu 5000 Frks., den Drucker Serrière zu 100 Frks. Geldbuße.

Paris, 7. März, Abends. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers brachte die Regierung den Entwurf, betreffend die Reorganisation der Armee ein; derselbe entspricht fast vollständig den über diesen Gegenstand bereits veröffentlichten Mittheilungen. Außerdem legte Thiers seine Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung vor.

In der neuesten „Liberté" erklärt Emil Girardin, daß seine Verurtheilung, durch welche er gleichsam den Feinden der Kaiserlichen Macht beigezählt werde, ihn in eine neue Lage versetze, welche es ihm unmöglich mache, zwanzigjährige Freundschafts-Verbindungen weiter aufrecht zu erhalten.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

London, 7. März, Nachts. Die Regierung hat dem Parlamente mitgetheilt, daß Dublin, Cork, Waterford und Limerick ruhig sind. Die Bahnverbindung nach Cork ist offen. Sonstige Neuigkeiten fehlen; die Zeitungsberichte seien übertrieben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. März. Witterung: trübe, Nachts Sturm und Schnee. Temperatur + 1° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 83—87 Rt. bez., geringer 72—82 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 85, 84½ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni u. Juni-Juli 84¾ Rt. Br., Juli-August 84½ Rt. bez. u. Gd.

Roggen stille, pr. 2000 Pfd. loco 53—56½ Rt. bez., Frühjahr 53 Rt. bez., Mai-Juni 53½ Rt. Br., Juni-Juli 54 Rt. Br., Juli-Aug. 53 Rt. Br.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl behauptet, loco 11⅓ Rt. Br., April-Mai 11⅙ Rt. bez. u. Gd., 11¼ Br., Mai 11 5/12 Rt. bez. u. Gd., September-Oktober 11⅔ Rt. Br.

Rappkuchen loco 1 Rt. 21 Sgr. bez.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 16 5/12 Rt. bez., März 16⅓ Rt. Br., Frühjahr 16⅓ Rt. bez., Mai-Juni 16⅔ Rt. Br., Juni-Juli 17 Rt. Br.

Hamburg, 7. März. Getreidemarkt. Weizen loco lebhaft, 2 Thlr. höher; auf Termine höher; Inhaber ab auswärtige Häfen zurückhaltend. Pr. März 5400 Pfd. netto 151 Bankothaler Br., 150 Gd., pr. Frühjahr 148 Br. u. Gd. Roggen loco und auf Termine stille. Pr. März 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gd., pr. Frühjahr 87 Br., 86½ Gd. Hafer behauptet. Oel geschäftslos, loco 25, pr. Mai 25⅛, pr. Oktober 25⅞. Spiritus ohne Kauflust, 23¼. Kaffee und Zink stille. — Mildes Wetter.

Stettin, den 8. März.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151⅝ G	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151⅛ B	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143⅞ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	113 B
London	10Tag.	6 24¾ bz	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 23¼ B	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	81¼ G	Pomerania	4	115 B
"	2 Mt.	80 11/12 G	Union	4	102 B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	625 B
St. Petersbg.	3 Wch.	89½ G	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	100¼ B	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3½	78½ G	Stett. Dampf		
" "	4	90⅛ G	Schlepp-Ges.	5	200 B
" Rentenb.	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	4	—	N. Dampfer-C.	4	93 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	100 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	70 G
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	4½	—	mühlen-Ges.	4	100 B
Starg.-P.E.A.	4½	95 G	Pommerensd.		
" Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	98 G	Chem.Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—